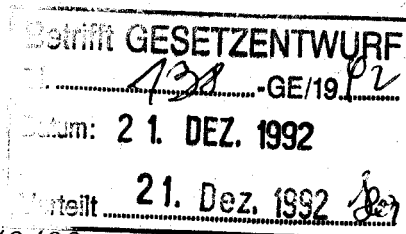


ÖSTERREICHISCHER
GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15

Telefon: 5121480

Telefax: 513375872

An die
ParlamentsdirektionWien, am 14. Dezember 1992
GrParlament
1017 WienBezug: GZ. 12.940/102-III/2/92Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Schulunterrichtsgesetz geändert wird

Der Österreichische Gemeindebund beehrt sich, in der Beilage
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:
Der Generalsekretär:
wHR.Dr. Robert Hink

Der Präsident:

Romeder e.h.

Franz Romeder
Präsident des NÖ LandtagesBeilage

ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15
Telefon: 5121480
Telefax: 513375872

An das
Bundesministerium für
Unterricht und Kunst

Wien, am 14. Dezember 1992
Gr

Minoritenplatz 5
1010 Wien

Bezug: GZ. 12.940/102-III/2/92

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Schulunterrichtsgesetz geändert wird

Zu dem übermittelten Gesetzesentwurf wird seitens des Österreichischen Gemeindebundes folgende Stellungnahme abgegeben:

Durch den gegenständlichen Gesetzesentwurf werden kommunale Interessen vor allem durch die finanziellen Auswirkungen, die durch diese Novelle verursacht werden berührt. Der Österreichische Gemeindebund hat schon bei der Begutachtung des Entwurfes der 14. Schulorganisationsgesetznovelle darauf hingewiesen, daß der Ausbau eines flächendeckenden Angebotes ganztägiger Schulformen mit schwerwiegenden finanziellen Belastungen für die Schulerhalter verbunden ist.

Die Möglichkeit von den Eltern Beiträge für die Unterbringung von Verpflegung und Betreuung in öffentlichen Schulräumen sowie in Betreuungsteilen öffentlicher ganztägiger Schulformen einzuheben, wird nicht geeignet sein, die auf die Gemeinden zukommenden Belastungen zu relativieren.

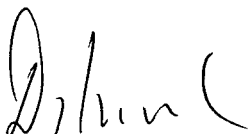
Keineswegs befriedigend erscheinen auch die in den Erläuterungen angebotenen Lösungen für jene Fälle, in welchen Eltern bzw. Schüler einer Tagesheimschule mit verschränkter Abfolge des Unterrichts- und Betreuungsteiles nicht zustimmen bzw. sich abmelden wollen. Daß der Schüler in diesem Fall gezwungen wird, eine andere, wohl nur im günstigen Fall in der Nähe liegende Schule zu besuchen, muß wohl mehr als unbillig bezeichnet werden.

In legislativer Hinsicht ist darauf hinzuweisen, daß in der Promulgationsklausel neben dem Stammgesetz wieder nur die letzte Novelle ausgewiesen ist. Dies, obwohl das gegenständliche Gesetz bereits fünfmal geändert wurde. Zur besseren Übersichtlichkeit wird nach Beschlußfassung eine Wiederverlautbarung angeregt.

Sprachlich erscheint die Z.22 total unverständlich und daher verfehlt.

Der Österreichische Gemeindebund wiederholt daher inhaltlich seine Einwendungen gegen die Einführung flächendeckender ganztägiger Schulformen, wie sie bereits zum Entwurf der 14. Schulorganisationsnovelle vorgebracht worden sind.

*Für den Österreichischen Gemeindebund
Der Generalsekretär:*


wHR.Dr. Robert Hink

Der Präsident:

Romeders e.h.

*Franz Romeder
Präsident des NÖ Landtages*